



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Sicher durch den Winter III – Externe Unterstützung beim Contact-Tracing zulassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, externe Dienstleister wie z. B. Reisebüros für die Kontaktnachverfolgung von Corona-Fällen bei den Gesundheitsämtern zuzulassen und aus den vorhandenen Haushaltsmitteln zu finanzieren.

Begründung:

Die Kontaktnachverfolgung von Corona-Infektionen durch die Gesundheitsämter ist aufgrund der sprunghaft angestiegenen Infektionszahlen im Oktober de facto zusammengebrochen. Ein Grund dafür ist, dass die Behörden zu wenig Personal für die anspruchsvolle und akribische Arbeit haben. Doch anstatt auf externe Dienstleister zur Unterstützung zu setzen, werden Beamte und Staatsangestellte aus allen Ämtern zusammgezogen, wo sie dann für ihre eigentliche Tätigkeit fehlen. Die kürzliche Absage an ein Reisebüro aus Kempten, welches die lokalen Gesundheitsbehörden durch ihr qualifiziertes Personal unterstützen wollte, steht exemplarisch für viele Beispiele, in denen der Freistaat ohne Zwang an seiner starren Bürokratie festhält. In anderen Bundesländern wie etwa Nordrhein-Westfalen wird bereits auf die Unterstützung von externen Dienstleistern bei der Kontaktnachverfolgung gesetzt. Darüber hinaus hätte eine Kooperation mit Unternehmen wie etwa Reisebüros den Vorteil, dass deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Krisenzeit einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen könnten und nicht mehr auf Kurzarbeitergeld angewiesen wären. Wenn die Corona-Pandemie effektiv bekämpft werden soll, müssen auch solch unkonventionelle Wege gegangen werden.